

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Nr. 36 spd 12. November 1946

Die sozialdemokratische Englanddelegation
=====

von Fr. Heine

Die Britische Arbeiterpartei hat Dr. Kurt Schumacher und drei weitere Sozialdemokraten eingeladen, vom 29. November bis 6. Dezember als Gast der Arbeiterpartei nach England zu kommen. Der Plan dazu bestand seit langem. Morgan Phillips, der Generalsekretär der Arbeiter-Partei, hatte bereits im Juni, anlässlich seines Deutschland-Besuches, die Einladung an Kurt Schumacher überbracht und die Zeit nach den Wahlen als Termin vorgeschlagen.

Die Wahlen in der britischen Zone sind vorüber. Die Sozialdemokratie ist aus ihnen als die stärkste Partei hervorgegangen. Ihre Stärke ist durch den ausserordentlichen Wahlsieg in Berlin unterstrichen worden. Es ist logisch, dass die führende Partei Gross-Britanniens die Vertreter der stärksten Partei in der britischen Zone zu einem Besuch einlädt, zumal wenn diese Partei so vieles mit der Arbeiterpartei im Denken und Handeln gemein hat und von nicht Wenigen als stärkste Sicherung einer demokratischen Entwicklung in Deutschland angesehen wird.

Grosse Teile des Londons, in das die sozialdemokratische Delegation eingeladen wurde, liegen noch in Trümmern, verwüstet durch die Waffen des Regimes, das diesen Krieg begann. Und für eine Mutter, die ihr Kind durch Hitlers Schuld verlor, ist es nicht leicht, das andere Deutschland zu sehen.

Unsommer wird die Einladung begrüsst als eine Möglichkeit, nicht nur für die Linderung der deutschen Gegenwartsnöte in London selbst

inzutreten, sondern auch die Auffassungen der Freunde und Gegner im Ausland in Offenheit kennenzulernen.

Die Delegation wird neben dem ersten Vorsitzenden der Partei aus dem Vorsitzenden der Landesorganisation Gross-Hessens, Wilhelm Knothe, dem Vorsitzenden der Berliner Landesorganisation, Franz Neumann und Fr. eine bestehen. Es ist eine "junge" Delegation. Alle vier haben während des Naziregimes aktiv illegal gearbeitet, drei von ihnen waren in Gefängnis, Zuchthaus und Konzentrationslager, der Vierte in der Emigration. Für Kurt Schumacher, Willi Knothe und Franz Neumann ist es der erste Besuch Englands!

Noch steht nicht fest, mit welchen Arbeiten und Besprechungen der Londoner Aufenthalt ausgefüllt sein werde. Es liegt bei den englischen und Londoner Freunden, das Programm zu gestalten. Aber es wird das Bestreben der Delegation sein, möglichst viele und möglichst enge Kontakte mit den Freunden der britischen Arbeiterpartei, mit anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Englands, mit in London wohnenden Vertretern der internationalen Arbeiterbewegung und mit den in England lebenden deutschen Sozialisten anzuknüpfen.

Deutschland und die britische Zone stehen vor einem Katastrophenwinter, wie wir ihn in unserer Geschichte wohl noch nicht gehabt haben. Die Not in Deutschland und die sozialdemokratischen Vorschläge und Forderungen für ihre Ueberwindung werden das Leitmotiv der Reise sein.

Neben unser aller Tagessorgen, die um Essen, Heizung und Wohnungskreisläufen, wird das Elend der Flüchtlinge und Vertriebenen in nachdrücklichster Weise von der Delegation geschildert werden. Und nicht zuletzt wird die grosse Frage erörtert werden, die Millionen Deutscher bewegt: Die Rückführung - die rasche Rückführung - der fünf Millionen deutscher Kriegsgefangener, von denen ein Zehntel in britischen Händen ist..

Darüber hinaus aber werden Kurt Schumacher und seine Freunde das "Was nun?", das Problem des Ingangbringens der Wirtschaft und das der künftigen inneren und äusseren Gestaltung Deutschlands mit aller Klarheit aufwerfen. "So geht es nicht weiter", haben die Sozialdemokraten mit ihrem Kölner Beschluss erklärt - sie werden auch in London ihre Pläne und Wünsche anmelden. Und die Delegation wird sich dabei nicht nur als Vertretung der Sozialdemokratischen Partei, sondern als Sprecherin der grossen Masse des Volkes betrachten. (b/Bl/1111/1/ho)

3 .
 Neue russische Wirtschaftsvorschläge

Zu den seit einiger Zeit in Gang befindlichen Besprechungen zwischen amerikanischen und russischen Vertretern über die Zukunft der deutschen Industrie berichtet der Berliner Vertreter der "New York Herald Tribune" interessante Einzelheiten:

"Die russischen Vorschläge werden als das erste konkrete Beispiel dessen angesehen, worauf Generalissimus Stalin jüngst hinwies, als er sich für eine allgemeine Verbesserung der deutschen Industrie einsetzte. Kowal, der Chef der russischen Wirtschaftsabteilung in Berlin, erklärte während der Verhandlungen mit seinen amerikanischen Partner, Brigadegeneral William Draper jr., dass die Sowjetunion eine Steigerung der deutschen Industrieproduktion bis zu einem solchen Grad wünsche, dass sie zumindest Fertigerfabrikate in Werte von zehn Milliarden Dollar für Reparationszwecke an Russland herstellen könne. Diese Zahl schliesst die als Reparationen bereits aus der russischen Zone abtransportierten Schwerindustrie mit ein. Die Russen sollen weiterhin erklärt haben, dass diese Reparationen so schnell wie möglich geliefert werden sollen und erwähnen die Summe von 2 Mrd. Dollar, die sie jährlich an in Deutschland hergestellten Verbrauchsgütern zu erhalten erstreben. Die sowjetischen Vorschläge sind Staatssekretär Byrnes und anderen führenden Männern der USA-Regierung übermittelt worden. In der Hauptsache sollen die Russen erklärt haben: Gebt uns die Möglichkeit, aus allen Besatzungszonen, einschliesslich der westlichen, Verbrauchs- und andere Güter für Russland zu erhalten. Dann wird die Sowjetunion sich bereit erklären, den 'eisernen Vorhang' zweihundert Meilen ostwärts bis zur polnischen Grenze zurückzuverlegen, so dass dann die russisch-besetzte Zone Deutschlands sich mit dem Rest vereinigen kann."

Die russischen Vorschläge haben nach der Meinung der "New York Herald Tribune" bei den Amerikanern ziemliches Aufsehen erregt, da sie weit über das hinausgehen, was man erwartet hatte. In der Hauptsache fordern die Sowjets Verbrauchsgüter wie Hemden, Strümpfe, Anzüge und andere Textilien, sowie Schuhe und ausserdem - und hier spielt die Stahlproduktion die entscheidende Rolle - wünschen sie, dass die deutschen Fabriken für sie Werkzeugmaschinen, Güterwagen und Lokomotiven produzieren. Von besonderer Bedeutung ist dabei, dass die Russen die Absicht haben, die meisten der notwendigen Rohstoffe, soweit nicht Eisen und Stahl in Frage kommen, selbst zu liefern, wie Wolle, Flachs und Baumwolle, die sie in grossen Quantitäten zu liefern in stande wären. Nach dem bisherigen Plan würde die deutsche Industrieproduktion im Höchstfall 50% des Totalvolumens von 1938 erreichen. Die Russen schlagen nun als Minimum eine Erhöhung um 20 bis 25 Prozent vor, so dass dann die deutsche Industrie 75% der Gesamtproduktion von 1938 herstellen könnte. Die Amerikaner betrachten jedoch eine Steigerung von 11 % wahrscheinlich als höchstes Zugeständnis der amerikanischen Regierung. Die Russen erklären in Berlin offen, dass die Revision der Reparationen notwendig sei, weil das System der Transferierung deutscher Schwerindustrie nach Russland sich bislang insgesamt als Fehlschlag erwiesen habe. (b Blo)loll/1/he)

Nordwestliche Wirkungen

Eigener Kurzbericht zu den Ansprüchen Hollands

Die Holländer haben formuliert, was sie wünschen - endlich! In den nordwestlichen Grenzkreisen sagt man erschrocken: "Also doch, wir sind an der Reihe". Aachen und Emden, Bentheim, Nordhorn und Krefeld sind Zentren, von denen die Reaktion auf die holländischen Ansprüche ausgeht, und diese Reaktion ist durchweg ablehnend. Die Beschneidung des wirtschaftlichen Existenzminimums durch Abtreten von Bergwerken bei Mörs oder die Verkleinerung des Aachener Steinkohlenreviers um Flöze im sogenannten Wurmrevier sieht man als ebenso drückend an wie die reinen Grenzkorrekturen. Der Kreistag in Bentheim, der Stadtrat in Krefeld, die Regierung Amelunxen - alle sind dagegen. Der Krefelder Oberbürgermeister appellierte an den Versöhnungswissen im Haag. Eine Entschliessung an die Militärregierung verweist auf die ernste Beeinträchtigung einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit Deutschland mit Hollands nach Schaffung solcher neuer Grenz-
wunden.

Die Gebiete, welche an Holland fallen würden, sind weitgehend zerstört, HKL, Fallschirmangriffe, Bunkerlinien, Luftbombardements, Evakuierungen - das war ihr Los, Notstandsgebiete sind es oder sollen es werden. Kleve am Reichswald erkennt man nicht wieder, auch nicht Goch, die Stadt, aus der Margarine kam, auch nicht Geldern und Xanten, die Orte der Siegfriedsage; selbst der Wallfahrtsort Kvelaer blutet noch immer. Und westlich der Roer haben die Stellungskämpfe um und hinter Aachen einen verwüsteten Landstrich geschaffen. Obwohl die höchsten Stellen im Dunklen tappen, ob Hollands Note oder Byrnes' Stuttgarter Ablehnung aller territorialen Veränderungen ausser Saargebiet und Ostgrenze in New York bestimmen werden, in jedem Falle wünschte man dringend, Deutsche könnten zur Beratung mithinangezogen werden, bevor man Einzelheiten festlegt, bevor man die Bergwerke und Ortschaften auswählt, die als Sühneopfer gebracht werden müssen.

Schon nach den ersten Andeutungen im Haag vor Monaten verlagerten und verzogen sich Betriebe und Familien, die verbauen wollten, und alle Aufrufe von Regierungspräsidenten waren machtlos. Das wird sich wiederholen, wenn man lange im Ungewissen bleibt, und den Wiederaufbau der Notstandsräume weiter verzögert. Natürlich werden auch diejenigen sich rühren, die gerne Holländer würden, weil sie dann die Ostflüchtlinge lös- und holländische Kolonialimporte an ihrer Stelle eintauschen würden. Die jetzigen Grenzen sind nicht sehr alt, sie stammen aus dem Jahre 1815, als die Engländer das Maasufer den Deutschen und das Easufer den Niederlanden vorenthielten. Gewiss - die Menschen scheinen äusserlich in manchen sehr ähnlich, und die Kohlengruben im Maasrichter Zipfel setzen sich bei Aachen fort. Man könnte also europäisch, wenigstens westeuropäisch empfinden. Aber eine hundertjährige nationale Tradition liegt dazwischen und auch die frischen Gräber der Toten an Westwall und der Familien in den Luftschutzkellern. Sie sollten versöhnen, verbinden, Feinde zu Freunden wandeln und warten darauf. Die holländischen Ansprüche, die jetzt angemeldet wurden, können diesem Ziel kaum dienen. Das ist die Auffassung der ganz überwiegenden Mehrheit der Betroffenen. (1/B28/1211/1/he)

Unerfreuliche Tendenzen

Nachdem die erste Reaktion auf die Ergebnisse der Wahlen zum amerikanischen Kongreß und zum neuen französischen Parlament abgeklungen ist, schält sich die Bedeutung der beiden Ereignisse immer klarer heraus. Die im Kern unerfreuliche Tendenz ist in beiden Fällen unverkennbar. In Frankreich ist als sehr bedauerliche Tatsache eine Schwächung der Kräfte festzustellen, die am besten geeignet wären, für einen Ausgleich der Extreme zu sorgen und die Überbrückung der ausgeprägten Gegensätze zwischen Kommunisten und Katholischer Volkspartei wird dabei besonders viel politische Selbstdisziplin von allen Beteiligten erfordern. Für die Entwicklung in Frankreich ist es kein gutes Zeichen, daß die Partei die meisten Mandate erringen konnte, die heute einen besonders unversöhnlichen Nationalismus vertritt. Wenn ihr Chef, Maurice Thorez, kürzlich erklärte, daß allein die französischen Kommunisten es seien, die die Welt und das französische Volk auf die Gefahr aufmerksam machten, die aus dem Massenbekenntnis der Deutschen zur Sozialdemokratie entstehen können, so ist das eine Bemerkung, die in ihrer demagogischen Verlogenheit ihresgleichen sucht und ein bedenkliches Licht auf die Methoden wirft, die jetzt in Frankreich Boden zu gewinnen scheinen.

Das Ergebnis in USA andererseits hat vor allem wirtschaftliche Bedenken wachgerufen. Der Rechtsruck wird dem freien Unternehmertum manche wichtige Position zurückerobern, die es an eine gebundene Wirtschaftsführung abgeben mußte, in der die führenden Gewerkschaften ein bedeutendes Wort mitzureden hatten. Auch werden in England und in Frankreich immer mehr Stimmen laut, die ungünstige Folgen für die Welternährungssituation erwarten, weil die bisherige tatkräftige Bereitschaft der USA zu Lieferungen und Hilfe für Europa in den kommenden Abschnitt der amerikanischen Politik vielleicht nicht mehr die bisherige Rolle spielen werde. Aber wäre es wohl unrichtig, heute schon an die Tatsache des republikanischen Sieges allzu weitgehende Befürchtungen zu knüpfen, denn die Erfahrung hat gezeigt, daß auch in den USA bei einem Wechsel der parlamentarischen Mehrheit eine gewisse Kontinuität in der politischen und wirtschaftlichen Führung gewahrt bleibt. (m/1/1211/1/hs)

SPD-Entwurf zu einem Bodenreform-Gesetz

Auf einer Tagung des "Agrarpolitischen Ausschusses" der SPD am 7. und 8. November in Offenbach stand der Entwurf eines Gesetzes zur Bodenreform zur Debatte. Die Hauptpunkte, auf die sich die Vertreter der vollzählig erschienenen Bezirksausschüsse einigten, sind die folgenden:

1. Die Sicherung des bäuerlichen Besitzes, soweit er dazu dient, die Arbeitskraft der Familien so zu verwerten, daß ihnen der volle Ertrag ihrer Arbeit ungeschmälert zugute kommt.
2. Die Verwendung von Land, das heute in den Großbetrieben durch schlecht bezahlte und schlecht untergebrachte Lohnarbeiter bearbeitet wird, zur Schaffung neuer und leistungsfähiger Familienbetriebe.
3. Die Überführung solcher Großbetriebe, die nicht zur Schaffung neuer Familienbetriebe aufgeteilt werden können in das Eigentum derer, die das Land bearbeiten.
4. Die Umwandlung von Pachtbetrieben in Eigenbesitz, ausgehend von dem Grundsatz, daß das Land gehören soll, der es durch seine Arbeit fruchtbar macht.

(m/B3/1211/1/hs)

Ablieferungsstreik und KP

Es ist sehr bedauerlich, aber nicht mehr zu bestreiten, daß der sogenannte Ablieferungsstreik wächst. Gleichzeitig sind die tatsächlich verteilten Rationen in einigen westdeutschen Großstädten auf einen Stand abgesunken, der um 50 und mehr Prozent unter den Normalsatz liegt. In diesem Augenblick äußerster Not veröffentlichte die kommunistische "Hannoversche Volksstimme" einen Aufsatz, in dem u.a. die Forderung aufgestellt wird, daß das Abgabesoll in Versammlungen der Bauern und Kleinablieferer beraten und festgesetzt werden müsse. Es heißt u.a.: "Gewerkschaftler geben sich heute leider in den beratenden Ernährungsausschüssen bei den Kreisbauernvorstehern dazu her, den Handlanger für bauernfeindliche Politik zu machen. Ein Gewerkschaftler sollte an Hofbegehungen überhaupt nur teilnehmen, um dieser Aktion die Spitze gegen Klein- und Mittelbauern zu nehmen."

Bisher hatte sich die KP als die aktivste Vertreterin des Gedankens der Verbraucherausschüsse betrachtet, diese aber hatten in den Gewerkschaften die sog. Hofbegehungskommissionen gefordert, um die Ablieferung des Lebensmittelalls zu kontrollieren. Unter den heutigen Umständen stellt der neue Vorschlag, das Abgabesoll in Bauernversammlungen zu beraten und festzusetzen, ohne die Verbraucher oder zentralen Behörden auch nur zu hören, nichts anderes dar, als die glatte Sabotierung der Idee des Ablieferungsalls, zumal die Kommunisten selbst wissen, daß dieses Soll in der Mehrzahl nicht erfüllt ist. Offensichtlich handelt es sich bei diesem ganzen Vorgehen um den Versuch des Stimmenfangs bei kleinen und Mittelbauern auf Kosten der städtischen Bevölkerung. Die Befolgung der kommunistischen Parole würde das Ernährungschaos vollkommen machen.

-.-.-

(B1/1211/1/hs)

Der Hamburger Senat

Wie wir erfahren, wird der Hamburger Senat auf Grund des Wahlergebnisses v. 13. Oktober folgendermaßen zusammengesetzt sein: 8 Sozialdemokraten, 3 Freie Demokraten, 1 Kommunist. Die CDU hatte die Forderung gestellt, das Wirtschaftsdezernat zu erhalten, eine Forderung, die von den übrigen Parteien abgelehnt wurde. Daraufhin hat die CDU, offenbar in Anlehnung an ihr seinerzeitiges Verhalten bei der Bildung der Regierung für das Land Nordrhein-Westfalen von einer Beteiligung an der Regierung der Freien Hansestadt Hamburg Abstand genommen.

(m/B1/1211/1/hs)

-.-.-

Für ein föderatives Europa

Kürzlich fand in der Schweiz ein europäischer Kongreß statt, der zur Gründung einer Art Dachorganisation aller der nationalen Verbände führte, welche sich die Schaffung einer europäischen Föderation zum Ziele gesetzt haben.

Zum ersten Male ist der Gedanke eines föderativen Europas von der genannten "Europäischen Aktion", deren Sitz sich in Haag befindet, in die Länder Europas getragen worden. In Auslande und auch in Deutschland bestehende Organisationen gleicher Zielsetzung sind nun durch die neue Dachorganisation, die "Mouvement Föderaliste Européen", zusammengeschlossen worden mit der ausgesprochenen Absicht, baldmöglichst zu einer völligen Fusion zu kommen. Als vorläufiger Vorsitzende dieser Dachorganisation wurde Dr. H. Brugmans, der Präsident der "Europäischen Aktion" gewählt. Bei den Gründungsbeschlüssen in der Schweiz waren niederländische, belgische, englische, französische, italienische, schweizerische und griechische Organisationen vertreten. Die aus Deutschland und Österreich geladenen Delegierten konnten leider infolge Ausreise- und Einreiseschwierigkeiten an der Konferenz nicht teilnehmen, was allgemein sehr bedauert wurde.

Eine der Resolutionen, die gefaßt wurden, verdient besondere Erwähnung: sie unterstreicht, daß ein föderatives Europa weder gegen die Sowjetunion noch gegen Amerika gerichtet sein dürfe und stellt fest, daß Europa im Rahmen der UNO auf föderativer Basis versuchen müsse, eine Brücke zwischen Ost und West zu bilden.

(b/B8/1211/1/hs)